

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 58 (1964)
Heft: 9

Artikel: Weltrundschau : kriegerischer Wahlaufmarsch in den USA ; Am Rande des Abgrunds ; Pflicht zum Frieden ; Der Kampf um Afrika ; Ruck nach links in Chile? ; Was kommt in England? ; Der Weg Italiens ; Und Westdeutschland?

Autor: Kramer, Hugo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140917>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

**Kriegerischer Wahlaufmarsch
in den USA**

Die beiden Monate, die seit dem Abschluß unserer letzten Welt-rundschau verflossen sind, ha-

ben so viele bemerkenswerte Ereignisse und Entwicklungen im Völ-kerleben gebracht, daß man kaum weiß wo anfangen, wenn man an ihre rückschauende Würdigung gehen will. Aber es ist ja auch nicht der Zweck unserer Rundschau, all das noch einmal in Erinnerung zu rufen und zu kommentieren, was der Leser schon aus Zeitung und Radio erfahren konnte. Wir haben uns immer darauf beschränkt, das gerade für uns Wesentliche aus den Vorgängen in der Welt draußen wie bei uns daheim herauszuheben und es von unserem religiös-sozia-listischen Standort aus in seinen Zusammenhängen und seiner Bedeu-tung für unsere hauptsächlichen Anliegen zu beleuchten. Und da ne-ben dem Aufbau einer neuen, sagen wir sozialistischen Ordnung von Politik und Wirtschaft die Schaffung eines haltbaren Friedenszustan-des weitaus im Vordergrund unseres Blickfeldes steht, so sei auch diesmal der Hauptraum unserer Übersicht diesen Fragen gewidmet. Beginnen wir mit einem Blick auf die *Vereinigten Staaten* als derjeni-gen Macht, von der, im Gegensatz zu der landläufigen Annahme, der Völkerfriede und der Durchbruch zu einer gerechteren sozialen Ord-nung im Weltmaßstab in erster Reihe abhängt.

Der *Präsidentschaftswahlkampf* wird nun drüben in den nächsten acht Wochen den ganzen politischen Betrieb beherrschen. Die Repu-blikaner haben wie bekannt als erste ihren Bannerträger in der Person von Barry *Goldwater* bezeichnet — unter Umständen, die noch in unserem Juli-August-Heft kurz gewürdigt worden sind. Wenn auch von uns aus gesehen die Wahrscheinlichkeit gering ist, daß Gold-water im November zum Präsidenten gewählt wird, so sei doch fest-gehalten, was in einem Brief an den Londoner «New Statesman» (31. Juli) ein erfahrener Amerikaner, Professor John Weiß von der Wayne-State-Universität in Detroit, über Goldwater schreibt. Der Kandidat der Republikaner, so bemerkt er, «stellt erstens nicht einfach eine Minderheitsmeinung einer schmalen Gruppe von Rechtsextremi-sten dar; und zweitens hat er gute Aussicht, die Wahlen im nächsten Herbst zu gewinnen». Goldwater verkörpere in der inneren wie be-sonders in der äußeren Politik die Auffassungen der großen Masse der «gewöhnlichen» Amerikaner. «Eine große Zahl Amerikaner (Men-schen von gutem Willen und nicht Extremisten im amerikanischen Sinn) teilt seine Ansicht, daß Amerika von Jalta bis Vietnam nichts als Niederlagen erlitten hat. Die amerikanische Grundstimmung... ist immer noch isolationistisch und gleichzeitig für einen rücksichts-losen Militarismus, falls Amerika doch ins Spiel gezogen wird. Neun

von zehn Amerikanern teilten Eisenhowers Hoffnung auf einen Rückzug aus Korea; und doch werden neun von zehn Goldwater folgen, wenn es soweit kommt, daß der Krieg in Vietnam nach Norden ausgedehnt wird.»

Sie werden auch *Johnson* folgen, der — wir reden gleich davon — unter dem Druck der hinter Goldwater stehenden Masse des «gewöhnlichen» Amerikanertums bereits den ersten Schritt zur Ausweitung des Vietnamkrieges nach Norden und damit zur Herausforderung auch Chinas getan hat. Johnson ist inzwischen in aller Form zum Kandidaten der Demokratischen Partei erklärt worden, wobei er sich als Bewerber um die Vizepräsidentschaft den Senator Hubert *Humphrey* aus Minnesota hat geben lassen. *Humphrey* gilt allgemein als liberal und sehr fähig und wird Johnson gewiß viele Stimmen von links her zuführen, als Ausgleich für die Verluste, die ihm sein Einsteigen für die Bürgerrechte der Neger auf der Rechten eintragen wird. Aber soweit geht der «Liberalismus» von Johnsons Gespannen doch nicht, daß er ein Hindernis für jenes säbelrasselnde Draufgängertum bilden würde, das ganz auf der Linie der amerikanischen Weltpolitik liegt und nicht nur in Südostasien auf Betätigung wartet. Der heurige Wahlkampf in den Vereinigten Staaten spielt sich so größtenteils im Zeichen der Kriegsbereitschaft beider Parteien ab, die einander an patriotischer Entschlossenheit zum bewaffneten Endkampf mit dem kommunistischen Erzfeind mehr und mehr überbieten werden.

Am Rande des Abgrunds Was in Südostasien droht, ging schon aus der Ernennung des obersten Wehrmachtführers der USA, des Generals Taylor, zum Botschafter in Südvietnam hervor. Wir stellten es im Juli-August-Heft der «Neuen Wege» gebührend klar: Die amerikanische Regierung ist entschlossen, Nordvietnam anzugreifen und es damit auf einen Krieg mit China, ja vielleicht mit der Sowjetunion ankommen zu lassen, falls anders Südvietnam samt Laos, Kambodscha usw. nicht für die «freie Welt» — das heißt die kapitalistische Wirtschaft — erhalten werden könnten. Noch war aber dieses Heft nicht in den Händen der Leser, da schlug das USA-Oberkommando bereits ein erstes Mal zu. Zwei «Angriffe» nordvietnamischer Küstenbewachungsboote auf amerikanische Kriegsschiffe in der Bucht von Tongking wurden als genügender Grund ausgegeben, um durch die amerikanische Luftwaffe verschiedene Häfen und Vorratslager von Nordvietnam sowie 25 Schnellboote zu zerstören. Wie der Zusammenstoß amerikanischer und nordvietnamischer Schiffe tatsächlich vor sich ging, ist bisher nicht einwandfrei festgestellt worden. Die hohe Wahrscheinlichkeit ist aber, daß Einheiten der amerikanischen Siebenten Flotte, die schon seit Jahren im Golf von Tongking patrouillieren, neuerdings auch die nordvietnamische Küstenschiffahrt (nach Südvietnam?) aufs Korn nahmen

und dabei in die Hoheitsgewässer von Nordvietnam eindringen, dessen Wachtschiffe sie daraus zu vertreiben suchten. Daraus machte man nun in Washington einen ruchlosen, unerträglichen Angriff des kleinen Nordvietnam auf die hundertmal größeren und stärkeren Vereinigten Staaten, die gewaltigste Militärmacht der Welt — einen Angriff, der sofort mit ganz unverhältnismäßig schweren Vergeltungsmaßnahmen gerächt werden mußte!

Die Unwahrhaftigkeit der amerikanischen Anklage springt jedem ehrlichen Beobachter in die Augen; sogar der Washingtoner Bericht-erstatte der «Neuen Zürcher Zeitung» (10. August) gab nach ein paar Tagen zu, daß die «Experten» nun zu einer «weit weniger weittragenden Deutung» des ursprünglichen Zwischenfalls neigten und daß nach gewissen Äußerungen deshalb «die amerikanischen Gegenmaßnahmen vielleicht um einen Grad übertrieben (!) gewesen seien». Vermerkt zu werden verdient auch, daß der amerikanische Senator Morse, ein weißer Rabe unter seinen Kollegen, in einer mutigen Rede vor dem Senat feststellte, südvietnamische Schiffe hätten vor dem Seegefecht im Golf von Tongking zwei nordvietnamische Inseln beschossen, die selbstverständlich innerhalb der Hoheitsgewässer von Nordvietnam gelegen seien, wobei vermutlich die amerikanische Flotte Wache gestanden habe. (Nach dem «National Guardian», Washington, vom 15. August, der Morses Rede im Wortlaut veröffentlichte.)

I. F. Stone unterstreicht in seinem «Weekly» (24. August) diese Feststellung und bestreitet den amerikanischen Kriegsschiffen entschieden das Recht, sich in der Nähe eines Ortes aufzuhalten, auf den, wie sie wußten, von befreundeter Seite ein Angriff geplant war. Er führt auch aus einer gemeinsamen Sitzung der Senatsausschüsse für auswärtige Angelegenheiten und für Wehrmachtfragen eine Äußerung von Senator Fulbright an, der zugab, daß die amerikanischen Kriegsschiffe mindestens bis auf 11 Meilen Entfernung vom nordvietnamesischen Festland in die Küstengewässer eingedrungen seien, «um zu zeigen, daß wir die 11-Meilen-Grenze nicht anerkennen, die, wie ich glaube, Nordvietnam (für seine Hoheitsgewässer) beansprucht». All das mußte von den Nordvietnamesen als Herausforderung aufgefaßt und abgewehrt werden. Oder was hätte man wohl in den Vereinigten Staaten gesagt, wenn sich russische Kriegsschiffe in amerikanischen Gewässern aufgehalten hätten, während kubanische Schnellboote die Marinestation Key West in Florida bombardierten?

Stone betont im übrigen, daß die einseitige Ergreifung von Vergeltungsmaßnahmen durch einen Staat völkerrechtlich ganz allgemein verpönt wird. Auch der amerikanische Vertreter im Sicherheitsrat der UNO, Stevenson, erklärte vier Monate vor dem Zwischenfall in der Bucht von Tongking ausdrücklich und wiederholt, die Vereinigten Staaten mißbilligten entschieden «Vergeltungsflüge, wo immer sie erfolgen und von wem immer sie durchgeführt werden». «Unsere Handlungen», so folgerte Stone, «passen schwerlich zu Johnsons Be-

hauptung vor dem amerikanischen Anwaltsverband, er sei ein Vorkämpfer des Völkerrechts.»

Auf jeden Fall kann kein Zweifel daran bestehen, daß der Zwischenfall in der Bucht von Tongking von der USA-Regierung planmäßig und zielbewußt aufgebauscht wurde — zu Zwecken, die leicht zu erraten sind. Der schon genannte Korrespondent der «NZZ» spricht es denn auch zynisch aus: in Washington bedaure niemand die kriegerischen Maßnahmen gegen Nordvietnam, «da sie dem Gegner den Beweis der amerikanischen Entschlossenheit lieferten, inneramerikanisch gesehen befreiend wirkten und auch wahlpolitisch gewiß nicht unerwünschte Wirkungen zeitigten»(!). Präsident Johnson habe nunmehr «die Feuerprobe bestanden». Die Glaubwürdigkeit des Abschreckungswillens erfordere «von Zeit zu Zeit wohlabgemessene Aktionen vom Typ derjenigen der letzten Woche. Das ist die Zeichensprache des Kalten Krieges».

Auch unter Johnson wird also nach dem Grundsatz von John Foster Dulles, dem früheren Außenminister der USA, gehandelt: Immer am Rande des «heißen» Krieges wandern, aber womöglich nie in ihn wirklich abgleiten! Ein frevleres Spiel mit dem atomaren Weltkrieg läßt sich schwer denken . . .

Pflicht zum Frieden Die Vereinigten Staaten haben bisher zwar ihre militärische Unternehmung gegen Nordvietnam nicht fortgesetzt — wohl nicht zuletzt auf Anraten ihrer Verbündeten — und es damit auch der Sowjetunion erspart, entweder über bloße rednerische Proteste hinaus Vietnam und China zu helfen oder um der friedlichen Koexistenz mit Amerika willen in Südostasien neutral zu bleiben. Aber damit ist die Vietnamfrage natürlich nicht wirklich gelöst. Ihre Lösung wird erst dann möglich sein, wenn die Vereinigten Staaten klar darauf verzichten, dem Volk von Vietnam — der beiden Vietnam — ihre Form von Freiheit aufzuzwingen und besonders in Südvietnam ein politisch-soziales Regiment zu stützen, dessen völlige Verderbtheit und Rückschrittlichkeit die Mehrheit der Bevölkerung immer offener zum Widerstand herausfordert. Unter dem Druck dieses Widerstandes, der auch in dem nicht von den Aufständischen beherrschten Landesteil zusehends wächst, hat sich kürzlich sogar der selbsternannte Militärdiktator, General Khanh, zu einem «vorläufigen» Erholungsaufenthalt fern von den Geschäften entschlossen, aber inzwischen bereits wieder seine «normalen Funktionen als Regierungschef» aufgenommen, wie der amerikanische «Botschafter» Taylor befriedigt verkündete. Offenbar sind die Amerikaner eben entschlossen, das bestehende Regime zu halten und die Auflehnung dagegen gewaltsam niederzuschlagen, koste es, was es wolle. Aber gleichzeitig wird sogar aus amerikanischer Quelle aus Saigon gemeldet, daß ein eigentlicher «Verfall der staatlichen und militäri-

schen Autorität» eingesetzt habe und wie nach dem Sturz von Ngo Dinh Diem Beamte, Offiziere und Soldaten massenweise der Regierung den Rücken zu kehren begonnen hätten. Der innere Zusammenbruch der Militärdiktatur scheint nur mehr eine Frage der Zeit zu sein — sofern nicht die in Südvietsnam stehende amerikanische Armee zu dem «großen Schlag» ausholt, den ihre Führer, vereint mit den Scharfmachern zuhause, längst ins Auge gefaßt haben.

Was das bedeuten würde, kann nicht zweifelhaft sein. Der dritte Weltkrieg wäre kaum abzuwenden, wenn die Vereinigten Staaten wagten, wovor die Franzosen (unterstützt durch Foster Dulles!) 1954 im letzten Augenblick doch zurückschreckten: die Indochinafrage durch Einsatz von Atomwaffen zu «lösen». Der Widerstand gegen diesen verzweifelten Ausweg aus der Sackgasse, in die sich Washington hineindrängen ließ, ist denn auch, wie besonders Privatberichte aus Amerika betonen, im ganzen Land herum sehr lebendig, wenn auch nur in verhältnismäßig begrenzten Kreisen. Er hat sogar im Bundessenat kraftvollen Ausdruck gefunden in der schon erwähnten Rede von Wayne Morse, der den Machthabern seines Landes — vergeblich zwar — das Gewissen zu schärfen suchte. «Seit zehn Jahren», so sagte er, «ist die Rolle der Vereinigten Staaten in Südvietsnam die eines Provokateurs, genau so sehr wie es diejenige von Nordvietsnam war. Seit zehn Jahren verletzen die Vereinigten Staaten in Südvietsnam das Genfer Abkommen von 1954. Seit zehn Jahren versucht unsere Militärpolitik in Südvietsnam für ein politisches und wirtschaftliches Problem eine militärische Lösung zu erzwingen . . . Die traurige Wahrheit ist, daß die Drohung führender amerikanischer Beamter, Krieg gegen China zu führen, und die gegenwärtige Kriegskrise das logische Ende des verhängnisvollen Weges sind, auf den uns John Foster Dulles im Jahre 1954 führte . . . Ich glaube nicht, daß konventionelle Streitkräfte in Südvietsnam oder in Asien überhaupt, so zahlreich sie auch sein mögen, einen Krieg gewinnen können, wenn der Prüfstein dafür, ob man einen Krieg gewinnt, die Aufrichtung des Friedens ist. Wir können militärische Siege erringen. Wir können Millionen Menschen töten, aber nicht ohne eigene Verluste. Am Ende dieses Blutweges werden wir dann aber vor der gleichen Aufgabe stehen wie heute: nämlich Frieden zu schaffen — aber in einer kriegsverwüsteten Welt . . . Die Westvölker haben in Asien ausgespielt, gerade so wie in Afrika. Und es ist gleichgültig, ob das Westvolk die Franzosen, die Holländer, die Engländer oder die Amerikaner sind.»

Senator Morse ruft dann die nichtkriegführenden Mitglieder der Vereinten Nationen auf, die Südostasienfrage vor den Sicherheitsrat oder die Generalversammlung der Vereinten Nationen zu bringen. «Wenn sie es nicht tun», so schließt er seine Rede, «dann werden sie es erleben, wie die UNO-Satzung als Opfer von den Kriegsflammen verzehrt wird . . . Ich bin überzeugt, daß eine Fortführung der einseitigen Militäraktion der Vereinigten Staaten in Südostasien, die jetzt

die Gestalt eines offenen kriegerischen Angriffs angenommen hat, den Weltfrieden gefährdet.»*

Ehre diesem tapferen und wahrheitsliebenden Mann! Mag er von den verantwortlichen Führern Amerikas nun gehört werden oder nicht: sicher ist, daß die Vereinigten Staaten nur um den Preis eines großen Unglücks um eine Abkehr von ihrem bisher verfolgten Weg herumkommen werden — es sei denn, das Volk von Vietnam nehme endlich sein Schicksal selbst in die Hand und verjage seine Ausbeuter und Unterdrücker mitsamt ihren amerikanischen Helfershelfern!

Der Kampf um Afrika Die Vereinigten Staaten haben in Süd-vietnam keine stärkeren wirtschaftlichen Machtstellungen zu sichern; sie befürchten aber, daß mit dem Fall des gegenwärtigen Regimes in diesem Lande nicht nur Indochina, Malaysia und Indonesien, sondern mit der Zeit ganz Ost- und Südostasien aus dem westlich-kapitalistischen Herrschaftsraum ausscheiden werde. Darum der steigende Einsatz auch ihrer militärischen Mittel in dieser Weltgegend. In *Afrika* arbeitet amerikanisches Kapital vorderhand fast nur mit wirtschaftlich-politischen Mitteln, um auch in den schwarzen Neustaaten seine alte Herrschaftsstellung zu behaupten. Aber an besonders gefährdeten Orten scheint es mehr und mehr auch zu militärischem Eingreifen zu neigen. Ein Beispiel ist der *Kongo*.

Hier ist, wie man weiß, plötzlich der famose Monsieur Tschombe wieder aufgetaucht — «aufgetaucht worden», möchte man sagen —, um als Ministerpräsident der Gesamtrepublik Ruhe und Ordnung und die Einheit des Kongostaates wiederherzustellen, die er als Diktator der Provinz Katanga im Dienste der ausländischen Bergwerks- und Industriegesellschaften tatsächlich gesprengt hatte. Und wieder sind es ausländische Wirtschaftskräfte, die ihn dabei stützen und gebrauchen, und mit ihnen im Bund vorab die Regierung der Vereinigten Staaten, die seinerzeit mitgeholfen hatte, den doch zu belastend gewordenen Mann in der Versenkung verschwinden zu lassen. Tschombe hat sich auch redliche Mühe gegeben, die auseinanderstrebenden Stämme der 22 Provinzen und die verschiedenen politischen Parteien zusammenzuführen. Aber wieder einmal erweist sich hier, daß die Geister, die man rief, nicht durch irgendeine Zauberformel loszuwerden sind. Dies im Fall Kongo um so weniger, als der Widerstand gegen die Zentralregierung von Léopoldville nicht nur von zügellosen Banden getragen wird, die brandschatzend das Riesenland durchstreifen, sondern auch von Kräften der politischen Linken, die — zum Teil

* Eher grotesk ist es, nebenbei, daß die Vereinigten Staaten ihr militärisches Eingreifen in Südvietnam auch mit dem Anspruch zu rechtfertigen suchen, sie müßten dem Genfer Indochina-Abkommen von 1954 zur Anerkennung verhelfen, das sie selber (wie ja auch die Regierung von Südvietnam) nicht unterschrieben haben, aber seit Jahren mißachten.

in der Nachfolge des von Tschombes Leuten ermordeten Lumumba — einen neuen, mehr oder weniger sozialistisch ausgerichteten Kongo aufbauen wollen. Es wird sogar behauptet, aber von Peking aus bestritten, daß chinesische «Berater» mit diesen Oppositionsgruppen zusammenarbeiten.

Das aber kann Amerika — als der kapitalistische Weltgendarm — niemals zulassen, so wenig wie Belgien, das den Verlust des mineralreichen, höchste Gewinne einbringenden Kongo bis heute nicht verwunden hat. Averell Harriman, der stellvertretende Außenminister der Vereinigten Staaten, einigte sich darum mit der belgischen Regierung auf eine gemeinsame Unterstützung der Regierung Tschombe durch Transportflugzeuge und Kriegsmaterial; Truppen sollten indes nicht in den Kongo entsandt werden, und auch belgische Offiziere sollten dort nicht wieder Dienst nehmen dürfen. Dafür wirbt aber Tschombe wacker ausländische Söldner aller möglichen Nationen an, vorzüglich durch Vermittlung einer Rekrutierungsstelle in Südafrika, dessen Regierung den «Selbstbehauptungskampf» der weißen Herrenrasse außerhalb der südafrikanischen Grenzen auch dann unterstützt, wenn zunächst ein Schwarzer wie Tschombe sein Werkzeug ist.

Und darin liegt unverkennbar eine ernste Gefahr für die friedliche Entwicklung des schwarzen Erdteils. Wie John Hatch im «New Statesman» (28. August) darlegt, zeichnet sich mehr und mehr ein *Bund der Südafrikanischen Union mit Südrhodesien* (wo die afrikanischen Parteien verboten sind) und den portugiesischen Kolonien *Mozambique und Angola* zur Eindämmung des afrikanischen Nationalismus ab, der in den letzten sieben Jahren so erstaunliche Erfolge errungen hat. Auch einige Neustaaten, die politisch von Afrikanern regiert, aber von «weißem» Kapital beherrscht werden, sollen diesem Plan dienstbar gemacht werden, bei dessen Verwirklichung Tschombe eine Hauptrolle zu spielen hätte, und dem auch die Vereinigten Staaten als Vormacht im Kampf gegen den Kommunismus ihre Hilfe leihen müßten.

Ob man sich in Washington auf ein derartiges Unternehmen — eine «Allianz gegen den Fortschritt» — wirklich einlassen würde, erscheint zweifelhaft. Schon die Unterstützung Tschombes stößt in den Vereinigten Staaten auf Vorbehalte und Zweifel. Eine so konservative und einflußreiche Zeitung wie die «New York Times» (13. August) warnt ernstlich vor dem Einsatz stärkerer amerikanischer Streitkräfte im Kongo. «Die USA», so schreibt das Blatt, «setzen zunächst nur genug Waffen, Mannschaften und Material ein, um ein kleines Feuerwerk auszutreten. Das mag ausreichen, aber wie Südostasien zeigte, können sich Feuerwerke auch zu Großbränden auswachsen . . . Die Rebellen im Kongo sind überraschend gut organisiert und bewaffnet. Glaubt Washington, sie könnten ohne größere Anstrengung besiegt werden? . . . Die Regierung Johnson mag recht haben, wenn sie die Vereinigten Staaten in eine weitere Krise in einem weiteren fernen

Land verwickelt, aber man sollte dem amerikanischen Volk offen und ehrlich sagen, was die Regierung im Sinn hat und wie weit sie zu gehen bereit ist.»

Wenn Johnsons Berater etwas aus dem vietnamesischen Abenteuer gelernt haben, werden sie Tschombe noch rechtzeitig fallen lassen. Aber ein Bund zwischen Südafrika, Portugal und Südrhodesien zur Sicherung der weißen Rassen- und Klassenherrschaft wäre auch ohne amerikanische Streitkräfte im Kongo militärisch stark genug, um dem weiteren Vordringen der afrikanischen Unabhängigkeitsbewegung wenigstens für ein paar Jahre Halt zu gebieten. Die aufgestaute Flut wird dann freilich nur mit um so gewaltigerer Wucht auch in die noch vom weißen Kolonialismus beherrschten Länder Mittel- und Südafrikas einbrechen und alle Dämme niederreißen.

Ruck nach links in Chile? Das wichtigste auswärtige Betätigungsfeld des nordamerikanischen Kapitalismus bleibt aber sein *lateinamerikanisches Imperium*. Von dessen Sicherung hängt für sein ganzes Weiterbestehen Entscheidendes ab; darum die Entschlossenheit Washingtons, dem kubanischen Volk seine «Freiheit» unter allen Umständen wiederzugeben; darum auch all die mannigfaltigen Anstrengungen der USA, die übrigen mittel- und südamerikanischen Länder vor der Beschreitung des kubanischen Weges zu bewahren. Die letzte Unternehmung dieser Art galt Brasilien; jetzt ist *Chile* an der Reihe, das am 5. September einen neuen Staatspräsidenten zu wählen hatte.

Der bisherige Präsident, Alessandri, war von einer konservativ-liberalen Bundesgenossenschaft gewählt worden. Ihm folgte aber schon damals auf dem Fuß der Kandidat der sozialistisch-kommunistischen Volksfront (Frente Revolucionario de Acción Popular), Dr. Salvador *Allende*, der jetzt mit dem christlich-demokratischen Führer Eduardo *Frei* erneut um den Sieg rang, aber eindeutig unterlag. Ein dritter Bewerber, Julian Durán, hatte als Vertreter der sogenannten Radikalen von vornherein kaum Aussicht gewählt zu werden, da sich das Rechtsbürgertum fast geschlossen hinter Frei gestellt hatte, der denn auch — nicht zuletzt dank kräftiger nordamerikanischer Unterstützung — als der zuverlässigere und darum auch von der Katholischen Kirche empfohlene Verteidiger des Bestehenden durchdrang.

Das Merkwürdige an dieser Wahl ist, daß beide Hauptkandidaten ein Programm mit recht weitgehenden wirtschaftlichen und sozialen Reformen verfochten, die auf dem Papier das alte Gesellschaftsgefüge gründlich umgestalten sollten: Neuverteilung des landwirtschaftlich genutzten Bodens, gerechteres Steuersystem, Staatseingriffe in die Privatwirtschaft, wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen usw. Die beiden Gegner waren sich auch darin einig, daß die Ausbeutung der reichen Naturschätze Chiles dem privaten Gewinnstreben nach Möglichkeit entzogen werden müsse, vor allem der Betrieb der Kupferbergwerke,

die im Besitz nordamerikanischer Kapitalistengruppen stehen. Während aber Allende für die volle Sozialisierung der Kupferbergwerke eintrat, wollte sich Frei mit einer schärferen Beaufsichtigung ihres Geschäftsgebarens auf Grund neuer Verträge mit den ausländischen Gesellschaften begnügen.

Wenn es also auf diese Programme ankäme, hätte man jetzt mit einer stillen Revolution in Chile zu rechnen. Soweit ist es aber — leider — noch keineswegs. Von den Vereinigten Staaten aus wird alles getan werden, um jede Einschränkung der kapitalistischen Erwerbsfreiheit zu verhindern, obwohl — wie gesagt — der neue Präsident und seine Regierung gar nicht an die Sozialisierung der Bergwerke heranzugehen wagen. Nicht umsonst ist Allende von seinen Gegnern als Kommunist (was er nicht ist) verschrien worden, der (was freilich stimmte) Fidel Castro und seiner Revolution immer die Stange gehalten habe. Unsicher ist auch die Haltung der chilenischen Armee, die sich — nach brasilianischem Vorbild — zum Werkzeug der einheimischen wie der ausländischen sozialkonservativen Mächte hergeben könnte, falls die überlieferte Klassenschichtung wirklich ernsthaft bedroht werden sollte. Es ist jedenfalls vorderhand dafür gesorgt, daß Chile kein zweites Kuba wird — vorderhand, aber doch nicht auf die Dauer; denn daß die feudal-kapitalistische Eigentumsordnung sich auch in Chile, wie in allen lateinamerikanischen Ländern, gründlich überlebt hat und nur mehr volksfeindlich und wirtschaftshemmend wirken kann, ist eine Tatsache, die sich allen Beharrungskräften zum Trotz im Volksbewußtsein unweigerlich durchsetzen und die längst fällige soziale Umwälzung in irgendeiner Form doch herbeiführen wird.

Was kommt in England ? Und nun steht auch in *Großbritannien* der so lang hinausgeschobene Kampf um die *Erneuerung des Unterhauses* unmittelbar bevor. Abgesehen von der Möglichkeit, daß außenpolitische Verwicklungen einen Stimmungsumschwung in der Wählerschaft herbeiführen, gilt es als ziemlich sicher, daß die *Labourpartei* die seit 13 Jahren regierenden Konservativen schlagen und die nächste Regierung bilden wird. Was für eine Regierung wird das aber sein? Das heißt: Was wird die Labourpartei mit dem Sieg anfangen, den ihr zu verschaffen sie jetzt die Wähler und Wählerinnen auffordert?

Wenn man es etwas vereinfachend kurz ausdrücken will, wird man sagen müssen: Die Labourregierung von 1964 wird in der Innen- wie in der Außenpolitik einen vorsichtig nach halblinks ausgerichteten Kurs einschlagen. Die große Mehrheit der Führungskörperschaften Labours steht ausgesprochen auf dem rechten Flügel der Partei, vor allem der bisherige stellvertretende Fraktionsvorsitzende George Brown, der künftige Außenminister Gordon-Walker und der voraussichtliche Schatzkanzler James Callaghan. Die Linke wird wohl in der

neuen Labourfraktion stärker vertreten sein als bisher, aber auch wenn Köpfe wie Richard Crossman, Anthony Greenwood, Barbara Castle und Michael Foot im neuen Kabinett zu sehen sein werden, wird Harold Wilson nicht weit nach links zu steuern vermögen, selbst wenn er es wollte. Und er wird es von vornherein *nicht* wollen. Seine politische Stellung war immer nur etwas «links von der Mitte», wie das nach einem Wort Attlees der gegebene Standort eines Labourführers ist. So wie Wilson, seit er Parteiführer in Gaitskells Nachfolge geworden ist (und schon vorher, um es zu werden), alles getan hat, um die Rechte und die Linke im Blick auf die Wahlen zusammenzuhalten, so wird er es auch nach den Wahlen tun. Trotz einigen Sozialisierungsmaßnahmen (Stahlindustrie, Straßentransport, Wohnungsbauboden usw.), auf die sich die Labourpartei festgelegt hat, wird sich die neue Labourregierung «auf den Boden der Tatsachen», also der privatkapitalistisch betriebenen Wirtschaft, stellen und «nur» versuchen, durch umfassende Planung diese Wirtschaft nach Möglichkeit den Bedürfnissen und Notwendigkeiten des Volksganzen unterzuordnen, dem privaten Gewinnstreben also Zügel anzulegen. Was die Labourführung erstrebt, das ist der Beweis, daß sie die britische Wirtschaft erfolgreicher lenken kann als die Konservativen, nicht aber die Umwandlung der vorwiegend nach kapitalistischen Grundsätzen betriebenen in eine entscheidend auf sozialistischer Grundlage aufgebaute Wirtschaft.

Auch in diesem Rahmen bleibt einer Labourregierung ein großer Spielraum für gesunde Reformen auf wirtschaftlichem und steuerlichem Gebiet, und Wilson mit seinen Mitarbeitern wird diesen Rahmen nach Kräften ausfüllen. Er wird namentlich auch den Wohlfahrtsstaat ausbauen, der unter den Konservativen bedenklich abgebröckelt war, und im «kulturellen» Abschnitt — Schulwesen, Anteil auch der wirtschaftlichen Schwachen an allen Bildungsmöglichkeiten, Entfaltung der besten geistigen Kräfte des Volkes — einen Einbruch in das bürgerlich-kapitalistische Klassensystem vornehmen.

In der Außenpolitik wird die Labourregierung dem Westblock und der amerikanischen Führung treu bleiben, dabei aber doch eine unabhängigere Haltung erstreben, als sie unter den Konservativen sichtbar war, besonders auch in bezug auf die atomare Abschreckung eines sowjetischen Angriffs. Die Vorschläge für eine Neutralisierung und «Entatomisierung» Mitteleuropas werden von Wilson wie bisher gefördert werden; daß Westdeutschland nicht in den Mitbesitz von Kernwaffen kommen dürfe, hat er wiederholt erklärt, während er und besonders Gordon-Walker von einer rechtlichen Anerkennung der DDR bisher nichts wissen wollten. Daß eine großzügige Hilfe für die unterentwickelten Völker und die Besiegung des Welthungers schon seit Jahren zum eisernen Bestand von Wilsons Außenpolitik gehört, ist bekannt.

Bei all dem hängt freilich viel davon ab, wie stark die Labourlinke im Parlament und in der Regierung vertreten sein wird, und welchen Gebrauch sie von dieser Stärke machen wird. Sie wird vielleicht das Steuer einer Wilson-Regierung doch etwas weiter nach links zu drücken vermögen, als die Labourführung heute zuzulassen geneigt ist. Aber es wird schon einer längeren Machtausübung durch die Labourpartei bedürfen, als in einer einzigen Amtszeit möglich ist, damit der Übergang zu einer grundsätzlich sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft in England vollzogen werden kann. Heute noch nicht vorauszu sehende Entwicklungen (oder Umstürze) im Völkerverhältnis mögen dabei wesentlich mithelfen.

Der Weg Italiens Mittlerweile vollziehen sich auch in *Italien* bedeutsame Wandlungen im gesellschaftlichen und politischen Gefüge. Daß Hunderttausende von italienischen Arbeitskräften im Ausland ihr tägliches Brot suchen müssen (davon allein gegen 500 000 in der Schweiz), ist für die wirtschaftlich-soziale Lage unseres südlichen Nachbarlandes ebenso kennzeichnend wie die nicht abreißende Kette von Streiks und anderen Arbeitskämpfen, wie sie seit Jahr und Tag sozusagen zum normalen Bild des italienischen Volkslebens gehören. Dabei hat Italien in den letzten Jahren eine wirtschaftliche Hochkonjunktur erlebt, die es zu einem der fortgeschrittensten Industrieländer Europas gemacht hat und besonders im Norden dem oberflächlichen Blick den Anschein strotzender wirtschaftlicher Gesundheit des Volkes bietet. Aber den oft märchenhaften Gewinnen und dem ständig von Skandalen umwitterten Luxusleben einer verhältnismäßig dünnen Ober- und Mittelschicht von Unternehmern und Spekulanten steht nach wie vor die bittere Armut des Großteils der Bauern und Pächter, der Arbeiter und Angestellten besonders in den mittleren und südlichen Landesteilen gegenüber; was wir aus den Untersuchungen über die Lebensverhältnisse des gewöhnlichen Volkes in Sizilien wissen, die Danilo Dolci vorgenommen hat, gilt weit hin auch von anderen, etwas besser gestellten Provinzen, auch von den Großstädten der Lombardei und des Piemonts, in denen die Wohnungsnot zum Himmel schreit.

Es liegt auf der Hand, daß diese sozialen Mißstände und wirtschaftlichen Umwälzungen auch den «politischen Überbau» nicht unerschüttert lassen können. Die herrschenden Klassen sahen sich gezwungen, dem Andrängen der lohnarbeitenden Volksschichten Zugeständnisse um Zugeständnisse zu machen und sogar die linkssozialistische Partei in die von den Christlich-Demokraten beherrschte Regierungskoalition aufzunehmen, der bereits auch Sozialdemokraten und Republikaner als Juniorpartner angehören. Aber die nach wiederholten Krisen vorläufig wiederhergestellte Einigkeit der «Mitte-Links»-Regierung mit Aldo Moro als Ministerpräsidenten steht auf schwa-

chen Füßen. Der sehr starke rechte Flügel der Christlich-Demokraten möchte am liebsten die sozialistische Hypothek abschütteln und zusammen mit den sogenannten Liberalen, ja mit den Neufaschisten die mehr und mehr Zeichen von Krisenhaftigkeit und Stockung aufweisende Wirtschaft mit den klassischen Mitteln des «rechtgläubigen» Kapitalismus — Lohndrosselung, Geldverteuerung, Einschränkung der Sozialausgaben und dergleichen — wieder ins Gleichgewicht bringen. Im sozialistischen Lager aber, das schon durch die Abspaltung der «Sozialistischen Partei der Proletarischen Einheit» (PSIUP) geschwächt worden ist, wächst der Widerstand gegen die von Nenni und seinen Anhängern betriebene «Sozialdemokratisierung» der einst klar nach links ausgerichteten Partei, die mehr und mehr der gleichen Verbürgerlichung anheimzufallen droht wie eine Reihe anderer Arbeiterparteien Europas. Die bevorstehenden Parteitage der Sozialisten und der Christlich-Demokraten werden vielleicht eine gewisse Klärung in diese verworrene Lage bringen, aber daß die «Mitte-Links»-Koalition, wie sie heute besteht, von Dauer sein wird, glauben ihre Träger wohl selber nicht.

Schwierig ist auch die Lage, vor die sich die Kommunistische Partei gestellt sieht, doppelt schwierig, seit sie ihren überragenden Führer Palmiro Togliatti verloren hat. Togliatti hat es nicht nur fertig gebracht, die Kommunistische Partei Italiens zur größten kommunistischen Landespartei im Westen zu machen; er hat auch durch alle Gefahren und Erschütterungen der Nachkriegszeit hindurch die Einheit seiner Partei durch eine seltene Kunst kluger und duldsamer Führung zu erhalten und zu festigen vermocht. Wohin wird aber die KP Italiens nun, nach seinem fast vom ganzen italienischen Volk betrauernten Hinschied, steuern?

Zwei Richtungen kämpfen auch in ihrem Schoß um den Vorrang. Die eine, mit Giorgio Amendola als Haupt, drängt aus der Opposition heraus zur Beteiligung der Kommunisten an der Verwirklichung möglichst scharf umrissener Aktionsprogramme sozialistischen Charakters, die eine Zusammenarbeit mit nichtkommunistischen Parteien und Massenverbänden erfordern würde. Die andere Gruppe, deren bekanntester Vertreter Pietro Ingrao ist, fürchtet von dieser Kampfführung eine innere Aushöhlung der Partei und ihr Abgleiten auf den gleichen Weg, den die Linkssozialisten unter Nenni gehen. Togliatti verstand es, der Wahrheit, die in beiden Denkweisen enthalten ist, Rechnung zu tragen. Wie Lelio Basso im «Mondo Nuovo», der großen Wochenzeitung des PSIUP (30. August), schreibt:

Togliatti «verlor nie aus dem Auge, daß die Arbeiterbewegung immer diese doppelte Versuchung, diese doppelte Gefahr in sich trug: den Opportunismus und den Extremismus, die Kapitulation und das Abenteuerertum, das Praktikertum, das sich zum Sklaven der alltäglichen Wirklichkeit macht, und den Dogmatismus, der sie mißachtet.

Alle seine politischen Haltungen, auch seine Irrtümer . . . fügen sich in den Rahmen dieses Doppelkampfes ein, den er nie aufgehört hat zu führen.» Togliatti habe aus der Kommunistischen Partei Italiens eine neue Partei gemacht, «eine große Massenpartei und zugleich die erste kommunistische Partei, die ernsthaft jenem neuen revolutionären Weg verpflichtet ist, der unter Ablehnung jedes importierten Schemas den Kampf für den Sozialismus in die lebendige nationale Wirklichkeit eingliedert . . ., aber immer mit einer Schau des Klassenkampfes, die von den Lehren Marxens und Lenins eingegeben ist, von ihren Grundsätzen und Methoden, vom Geist und nicht vom Buchstaben ihrer Lehre. Es ist ein Weg, der den Sieg des Sozialismus in der Welt nicht mehr von der fortschreitenden Ausdehnung der Sowjetunion erwartet, sondern ihn als Frucht der bewußten Anstrengung, des Initiativgeistes und der Verantwortlichkeit der arbeitenden Massen jedes Landes erwartet und erstrebt.»*

Man sagt, Togliattis Nachfolger in der Führung der Kommunistischen Partei, Luigi Longo, stehe auf dem gleichen Boden. Es wäre sehr zu wünschen, daß es der Fall wäre und daß er «Linke» und «Rechte» in seiner Partei auf diesem Boden ebenso zusammenzuhalten wisse wie sein alter Freund und Kampfgefährte. Für die Entwicklung Italiens zu einem freiheitlich-sozialistischen Land und damit für die Schaffung auch eines neuen, friedlichen, seine Geschicke selbst meisternden Europas könnte das von unschätzbbarer Bedeutung werden.

Und Westdeutschland? Gern würde ich jetzt noch ein paar Schlaglichter auf Frankreich und die Sowjetunion, auf Zypern und Persien werfen, doch muß das für ein nächstes Mal zurückgestellt bleiben. Nur ein Wort über *Westdeutschland* erscheint am Platz, von dem in der letzten Weltrundschau gesagt wurde, daß lediglich eine kleine, einflußlose Volksminderheit zu einer Verhandlung mit der DDR über die Schaffung eines wiedergeeinigten Deutschlands bereit sei. Das hat Widerspruch gefunden. So schreibt mir ein westdeutscher Freund (der jetzt allerdings fern von der bundesrepublikanischen Atmosphäre lebt):

«Als ich noch in (West-)Berlin lebte, habe ich immer wieder irgendwelche Leute gefragt: ‚Meinen Sie nicht auch, man müsse mit dem Osten verhandeln?‘ Fast alle, die ich fragte, haben geantwortet: ‚Natürlich müßte man das!‘ Ich fragte nicht ‚politische Menschen‘,

* Vom gleichen Geist des Ausgleichs scheinbar unvereinbarer Gegensätze ist Togliattis «politisches Testament» eingegeben, seine Denkschrift über den Riß zwischen sowjetischen und chinesischen Kommunisten, die er auf russischem Boden unmittelbar vor seinem Hinschied verfaßt hat. Ich gedenke im nächsten Heft der «Neuen Wege» auf dieses höchst bemerkenswerte Schriftstück und auf Chruschtschews Plan, die KP Chinas aus der kommunistischen Internationale ausstoßen zu lassen, etwas ausführlicher zurückzukommen (12. September).

sondern den Briefträger, einen Maler, der bei mir im Hause etwas malte, den Möbelpacker usw. Ich kam, bescheiden wie ich bin, zu der Überzeugung, daß mindestens 40 Prozent der Einwohner Berlins für Verhandlungen mit dem Osten sind. Aber sie können das ja öffentlich nicht sagen, weil alle Zeitungen ‚gleichgeschaltet‘ sind und weil jeder Angst hat, als ‚Kommunist‘ bezeichnet zu werden. Dann aber, während der Diskussion über die Passierscheine letzten Winter, kam mal eine kleine Notiz ans Tageslicht. Aus ihr ging hervor, daß es schon einmal eine Meinungsumfrage über dieses Thema gegeben hatte, und dabei können die Leute ja antworten, ohne ihren Namen zu sagen. Und jetzt kam es heraus, 90 Prozent der Westberliner hatten — wohlverstanden, noch bevor von der Möglichkeit zu Passierscheinen die Rede war, etwa eineinhalb Jahre vorher — gesagt, sie wären dafür, daß verhandelt wird. Viel mehr also, als ich selbst erwartet hatte. Man hatte uns das Ergebnis dieser für die offiziellen Politiker von Berlin blamablen Umfrage verschwiegen. Durch einen Zufall kam es heraus, aber die Zeitungen Berlins kommentierten das nicht.

In Westdeutschland ist es nicht anders. Der ‚Stern‘ hat immerhin eine Auflage von fast 1½ Millionen. Seit Monaten schreibt dort Sebastian Häffner über die Notwendigkeit, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen. Der ‚Stern‘ brachte einen Bericht von Kolarz aus Moskau, der dort Verwandte besucht hatte, der völlig anders war, als was die offizielle Propaganda haben will. Die Zeitschrift hatte etwa 25 ehemalige Einwohner der schlesischen kleinen Stadt Oels aufgesucht und sie über Oels befragt, sodann zwei Berichterstatter nach Oels geschickt, die dort mit den Polen sprachen, ihnen noch einige wichtige Hinweise gaben (zum Beispiel wo die Pläne der unterirdischen Kanalisation eingemauert sind). Der ‚Stern‘ berichtete darüber ausführlich, auch daß von den befragten früheren Einwohnern von Oels keiner daran denkt, wieder dorthin zu ziehen. Andere Zeitungen, wie die ‚Zeit‘, fangen auch an, freundlich über die Polen zu sprechen. Nur die große Presse und die Bonner Politiker halten starr an dem alten Standpunkt fest. Aber das Volk denkt anders, ist viel weiter . . . Nur ist es von einer Gruppe von fanatischen Militaristen usw. beherrscht und hat einfach nicht die moralische Kraft, sich von ihnen frei zu machen und ihre Vorherrschaft abzuschütteln. Und das ist gerade das Gefährliche an der Situation.»

Es mag sein, daß die Beobachtungen und Feststellungen unseres Freundes richtig sind; ich weiß es nicht. Aber entscheidend und gefährlich ist eben, wie er selber sagt, die Tatsache, daß die «vernünftige» Mehrheit in Westdeutschland sich das ganze unverantwortliche Treiben der «fanatischen Militaristen» usw. und der hinter ihnen stehenden Wirtschaftskapitäne gefallen läßt. Sie ist bis tief in die Arbeiterschaft hinein von dem niegekannten Wohlleben, das die wirtschaftliche Hochkonjunktur gebracht hat, so bezaubert, daß ihr keine

Kraft mehr übrig bleibt, um gegen die «Politik der Stärke» aufzutreten, die geradewegs in einen dritten Weltkrieg hineinzuführen droht. Ob und wie dieser Geisteszustand überwunden werden kann, das ist die wahre deutsche Frage. Und ich glaube nach wie vor, daß neue, schwere Erlebnisse nötig sind, um den Bann zu brechen, unter dem die große Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung heute wie vor 25 und 50 Jahren lebt.

6. September

Hugo Kramer

RELIGIÖS-SOZIALE VEREINIGUNG DER SCHWEIZ
VEREINIGUNG DER FREUNDE DER «NEUEN WEGE»

Unsere Herbsttagung

findet am Sonntag, 27. September 1964, im Haus des VHTL, Birmensdorferstr. 67, Zürich 4 (gegenüber dem Bahnhof Wiedikon), statt. Beginn 9.30 Uhr. Im Mittelpunkt steht ein Vortrag von Herrn *Dr. H. L. Goldschmidt*, Zürich, über

Die Botschaft des Judentums

Der zweite Teil des Vortrages wird am Nachmittag, etwa 14.30 Uhr, geboten. Freie Aussprache am Vor- und Nachmittag. Jedermann ist herzlich eingeladen.